

Kristina Hortenbach

**Konrad Adenauers Interview-Politik zur
Durchsetzung der deutschen
Wiederbewaffnung 1949 - 1955**

Magisterarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



**Konrad Adenauers Interview-Politik
zur Durchsetzung der deutschen
Wiederbewaffnung
1949 - 1955**

**Magisterarbeit
zur
Erlangung des Grades einer
Magistra Artium**

**vorgelegt der
Philosophischen Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Bonn**

**von
Kristina Hortenbach
aus
Bonn**

Inhaltsverzeichnis

Konrad Adenauers Interviewpolitik zur Durchsetzung der deutschen Wiederbewaffnung 1949 - 1955

I. <u>Einleitung</u>	S. 4
II. <u>Das Ziel</u> : Die Wiederbewaffnung Deutschlands als Schlüssel zur Souveränität	S. 7
1. Die Ausgangslage: Sicherheit vor Deutschland	S. 7
2. Adenauers Ziel: Souveränität und Sicherheit für Deutschland durch Wiederbewaffnung	S. 12
III. <u>Das Mittel</u> : Adenauer und die Medien	S. 19
1. Die Einstellung: Adenauers Verhältnis zu den Medien	
1.1. Die Presse	S. 19
1.2. Der Rundfunk	S. 25
2. Die Adressaten: Die Regierungen im Ausland und die öffentlichen Meinungen und in den USA	S. 29
3. Die Organisation: Adenauers Informationspolitik	S. 39
3.1. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	S. 41
3.2. Die „Teegespräche“	S. 42
4. Der Stil: Adenauers Interviewpolitik	S. 48
IV. <u>Die Durchsetzung</u> : Adenauers Interviews in den Phasen der deutschen Wiederbewaffnung	S. 52
1. Deutschland vor der Konstituierung: Polizeidivisionen oder alliierter Schutz?	S. 52

2. Von der Konstituierung der Bundesrepublik bis zum Ausbruch des Korea-Krieges	S. 56
2.1. Der Plan einer europäischen Armee in den mit den Zeitungen „L'Est Républicain“ und „Cleveland Plain Dealer“ (November/Dezember 1949)	S. 56
2.2. Rückgriff auf den Plan der Bundespolizei im Interview mit der „New York Times“ vom 6. Mai 1950	S. 66
3. Der Korea-Krieg als Ursache für die öffentliche Diskussion der Wiederbewaffnung: Bundespolizei und Westeuropäische Armee im Interview der „New York Times“ vom 18. August 1950	S. 70
4. Die EVG-Phasen	S. 79
4.1. Plevén-Plan oder NATO-Lösung: Die Souveränitätsfrage im INS-Interview mit Kingsbury Smith vom 11. Dezember 1950	S. 79
4.2. Souveränität durch EVG- und NATO-Mitgliedschaft in Hallsteins Pressekonferenzen im Januar 1952 und der dpa-Meldung vom 4. Februar 1952	S. 85
4.3. Die Lösung des Junktims zwischen Souveränität und Wiederbewaffnung, das Scheitern der EVG und Adenauers Interview vom 2. Juli 1954	S. 92
5. Souveränität durch NATO-Beitritt, die Radioansprache und das Interview mit der „Times“ vom 4. September 1954	S. 96
V. <u>Zusammenfassung</u>	S. 102
VI. <u>Abkürzungen</u>	S. 104
VII. <u>Literatur</u>	S. 106
1. Quellen	S. 106
2. Sekundärliteratur	S. 115

I. Einleitung

Als Bundeskanzler Helmut Kohl 1995 eine „Stabsstelle für Öffentlichkeitsarbeit und Medien“ als Organisationszentrale für die medienpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung ins Leben rief, war der Versuch nicht neu, mit Hilfe von Presse, Rundfunk und Fernsehen Einfluß auf die Meinungsbildung der Öffentlichkeit zu nehmen, um durch eine positive Medienpräsenz der Politiker politische Ziele in der Bevölkerung leichter durchzusetzen. Konrad Adenauer war der erste Bundeskanzler, der mit dem Informations- und Presseamt und im kleinen mit den „Teegesprächen“ einen eigenen Organisationsapparat einrichtete, um den Kontakt zu den Medien aufzubauen. Dabei befand er sich auf einer Gratwanderung: Was einerseits den Vorteil hatte, die Politik transparenter zu machen, indem Informationen an Journalisten gegeben wurden, barg auch die Gefahr in sich, so weit auf die Berichterstattung und die Medienstruktur allgemein Einfluß nehmen zu wollen, daß die Freiheit der Medien in Frage gestellt werden könnte. Ein solcher Fall war Adenauers Plan eines Staatsfernsehens, der 1960 am Urteil des Bundesverfassungsgericht scheiterte.

In dieser Arbeit soll anhand eines konkreten politischen Ziels - der Erlangung der Souveränität für die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg mit Hilfe der Wiederbewaffnung - der Einsatz der Medien durch Bundeskanzler Konrad Adenauer untersucht werden. Ist es einem Politiker möglich, durch Zeitpunkt, Art und Weise der Mediennutzung, seine gewünschten Adressaten, in diesem Fall die Regierungen der Alliierten und die Meinung der Öffentlichkeit, in seinem Sinne zu erreichen? Und welche journalistische Form ist dabei die sinnvollste?

Zuvor wird in einem ersten Punkt kurz die politische Lage der Nachkriegszeit umrissen, um die Durchsetzung von Adenauers Ziel der Souveränität durch Wiederbewaffnung in der Abhängigkeit von außenpolitischen Bedingungen einschätzen zu können. Der Begriff der „Wiederbewaffnung“ wurde dabei aus dem Grund der Gebräuchlichkeit ge-

wählt: Strenggenommen kann es zwar eine Wiederbewaffnung Deutschlands, aber nur eine Bewaffnung der Bundesrepublik geben.

In einem zweiten Schritt wird dann die Arbeit mit den Medien als taktisches Mittel der Politik untersucht. Ausgehend von den hier erarbeiteten Ergebnissen werden im dritten Punkt die wichtigsten Interviews Adenauers der Jahre 1949 bis 1955, eingebettet in ihren politischen Zusammenhang und Adenauers Abhängigkeit von den Alliierten, in ihrer Absicht und Wirkungsweise dargestellt. Grundlage sind dabei die Interviews in ihrer Erscheinungsform in den jeweiligen Zeitungen bzw. den jeweiligen Radiosendern (siehe Anhang). Eine Ausnahme bildet hierbei das Jahr 1952, in dem der Bundeskanzler die Form der Presseerklärung durch seinen Staatssekretär Walter Hallstein wählte und sich selbst nur indirekt über eine Pressemeldung äußerte. Geprüft werden soll, welcher Mittel und Medien sich Adenauer bediente, ob er erfolgreich damit war und welche Reaktion er damit auf deutscher und alliierter Seite hervorrief. Des Weiteren soll untersucht werden, ob sich Adenauer in seiner Medienpolitik beeinflussen ließ und ob er sie im Laufe der Jahre änderte.

Zur Darstellung der politischen Lage und der Ziele des Bundeskanzlers, die der Analyse der Adenauerschen Interviewpolitik vorausgeht, diene die umfangreiche Sekundärliteratur, deren Schwerpunkt auf Gerhard Wettigs detaillierter Beschreibung der „Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland“ aus dem Jahre 1967, sowie der mehrbändigen Adenauer-Biographie von Hans-Peter Schwarz liegt. Als kritische Stimme wird hier die neueste Biographie „Adenauer“ von Henning Köhler von 1994 gewertet. Die Dissertationen „Sicherung der Freiheit“ von Hans-Jürgen Lichtenberg und „Adenauers Außenpolitik gegenüber den Siegermächten 1954“ von Gero von Gersdorff erhellen einzelne Phasen der Wiederbewaffnung sehr genau. Als Kenner des Verhältnisses von Konrad Adenauer zu den Medien zeichnet sich Hanns Jürgen Küsters aus, der nicht nur bei der Veröffentlichung der „Teegespräche“ mitarbeitete und einführende Worte schrieb, sondern auch einen Überblick in seinem Aufsatz „Konrad Adenauer, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen“ in dem Buch „Konrad Adenauer und

die Presse“ gibt. Diese Aufsatzsammlung, herausgegeben von Karl-Günther von Hase, thematisiert als einzige selbständige Veröffentlichung das Verhältnis von Adenauer zu den Medien. Hinsichtlich der Geschichte einzelner Interviews ist zu berücksichtigen, daß die Autorin auf kurze Erwähnungen in Gesamtdarstellungen und einzelne Aufsätze zur Adenauerzeit angewiesen war. Die einzige Ausnahme bildet der im Frühjahr erscheinende zweite Band der zweiten Reihe der „Dokumente zur Deutschlandpolitik“, aus dem Hanns Jürgen Küsters freundlicherweise schon jetzt einen wenige Seiten langen Auszug zum Interview im „Cleveland Plain Dealer“ von 1949 zur Verfügung stellte. Die dieser Arbeit zugrunde liegenden Interviews sind, soweit vorhanden, im Original der jeweiligen Zeitung, bzw. der Sendeform maßgebend, woraus sich Adenauers Zitate in englischer Sprache erklären lassen.

Zur Erforschung der Quellenlage dienten Interviews, Briefe, Reden und „Teegespräche“ Adenauers, die, soweit nicht bereits veröffentlicht, aus den Archiven des Bundespresseamtes und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin, dem Bundesarchiv Koblenz und der Stiftung Konrad-Adenauer-Haus in Rhöndorf, sowie dem Archiv der Universität in Akron/USA stammen. Das Deutsche Rundfunkarchiv in Frankfurt am Main gab Auskunft über Adenauers Rundfunk-Interviews. Die in dieser Arbeit verwendeten befinden sich in den Archiven des Norddeutschen Rundfunks in Hamburg und des Westdeutschen Rundfunks in Köln. Konrad Adenauers Autobiographie „Erinnerungen“, die Memoiren von Pressesprechern und Politikern seiner Zeit und ein persönliches Gespräch mit dem Journalisten Max Schulze-Vorberg ergänzten das Bild des Regierungsstils des Bundeskanzlers und des Ablaufs der historischen Geschehnisse.

II. Das Ziel: Die Wiederbewaffnung Deutschlands als Schlüssel zur Souveränität

1. Die Ausgangslage: Sicherheit vor Deutschland

Vor der Frage, ob und in welchem Rahmen Deutschland jemals wieder bewaffnet werden sollte und wie dies innen- und außenpolitisch zu realisieren war, mußte die Frage stehen, inwieweit vier Jahre nach Kriegsende eine deutsche Sicherheits- und Außenpolitik überhaupt möglich war.

Indem das Grundgesetz, das am 24. Mai 1949 in Kraft trat, die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung aufnahm¹, verschloß sich die bundesdeutsche Regierung zumindest nicht den verfassungsrechtlichen Weg, in der neugegründeten Bundesrepublik jemals wieder Streitkräfte aufzubauen.² Im Grundgesetz ging man sogar so weit, unter der Bedingung des Verbots eines Angriffskrieges (Art.26), der Bundesrepublik den Beitritt in ein kollektives Sicherheitssystem zu erlauben (Art.24). Bundeskanzler Konrad Adenauer selbst bezeichnete später Wehrpflicht und Streitkräfte als „natürliches Recht eines jeden Staates, und so auch (...) der Bundesrepublik.“³ Die rechtlichen Weichen für eine bundesdeutsche Bewaffnung waren also schon 1949 gestellt - ein großer Schritt nur vier Jahre nach Kriegsende, bedenkt man, daß nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 die Alliierten die Regierungsgewalt in Deutschland übernommen und im „Potsdamer Abkommen“ vom 2. August 1945 die „vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung“⁴ auf deutschem Boden beschlossen hatten. Von dem

¹ Art. 4,3 GG: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“, in: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949.

² Vgl. Hans-Jürgen Rautenberg, Zwischen Restauration und Neuanfang? Wehrdebatte 1949-1952, in: Information für die Truppe 5 (1989), S.90-103, S.93.

³ Konrad Adenauer, Pressetee (Wortprotokoll) am 24.1.52, in: Rudolf Morsey, Hans-Peter Schwarz (Hg.), Adenauer. Teegespräche 1950-1954, Berlin 1984, S.184-198, S.186, im folgenden zitiert: Morsey, Adenauer, Teegespräche.

⁴ Bericht über die Drei-Mächte-Konferenz von Potsdam vom 2.8.45, in: Bundesminister des Innern (Hg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, II.Reihe, Bd.1:

Land, das den Zweiten Weltkrieg mit seinen zahlreichen Menschenopfern verursacht hatte, durfte keine Aggression mehr ausgehen - das waren die Alliierten ihren Bevölkerungen nicht nur in militärischer, sondern auch in psychologischer Hinsicht schuldig. Die Entwaffnungspolitik Deutschlands behielten die Alliierten auch noch im Jahr 1949 bei, wie eine von der US-Regierung an den amerikanischen Hohen Kommissar John Mc Cloy erlassene Direktive aus diesem Jahr beweist, in der es hieß: „(T)he High Commission must maintain an effective system of disarmament control.“⁵ Den Rahmen dafür schuf man mit der Militärischen Sicherheitsbehörde, die am 17. Januar 1949 eingerichtet wurde.

Als Vertreter der neuen Bundesregierung befürwortete Bundeskanzler Adenauer diese Auswirkungen der Besatzungspolitik offiziell, indem er am 22. November 1949 das „Petersberger Abkommen“ unterzeichnete und damit der deutschen Entschlossenheit Ausdruck verlieh, „die Entmilitarisierung des Bundesgebiets aufrechtzuerhalten und sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu bemühen, die Wiedererstehung bewaffneter Streitkräfte irgendwelcher Art zu verhindern.“⁶ Dies war die offizielle Seite der politischen und militärischen Situation Deutschlands 1949.

Doch schon bevor sich die Bundesrepublik als Staat konstituiert hatte, verhandelten die Westalliierten über eine Verteidigung Europas, an der auch Deutschland teilnehmen sollte. Die Führungsrolle in Fragen zur Diplomatie und zur Sicherheit Deutschlands übernahmen die Vereinigten Staaten. Während dort das Außenministerium und der Kongreß ebenso wie der Präsident für eine westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft eintraten, um die deutsch-französische Verständigung zu fördern, sprachen sich Pentagon und Finanzministerium der USA für den schnellen Aufbau deutscher Truppen aus, um ihre finanziellen und militärischen Verpflichtungen in Europa zu verringern. So

Die Konferenz von Potsdam, Dritter Drittelband, Neuwied, Frankfurt a.M. 1992, S.2101-2148, S.2106.

⁵ Nach Jürgen Tuppen, Konrad Adenauer und die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel der Wiederbewaffnung und militärischen Integration bis 1952, Aachen 1986, S.22.

hieß es bereits im April 1947 in der Directive JCS 1769/1 des amerikanischen Außenministeriums: „Without German aid the rearming countries of Western Europe could scarcely be expected to withstand the armies of our ideological opponents.“⁷

Der ideologische Feind war die kommunistische Sowjetunion, die den Ostteil der deutschen Besatzungszone bis zur Oder-Neisse-Linie eigenmächtig unter ihre bzw. polnische Verwaltung gestellt hatte und sich an einer gemeinsamen deutschen Wirtschaftspolitik nicht beteiligen wollte. Die sowjetische Führung bildete 1949 aus ihrer Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik und baute dort die kasernierte Volkspolizei auf, die bis zum Jahr 1950 auf rund 70.000 Mann anwuchs. Den 22 Divisionen der Kampfgruppe in der Ostzone standen lediglich zwölf bis dreizehn Divisionen in ganz Westeuropa gegenüber.⁸ Die konventionellen Streitkräfte gewannen an Bedeutung, als die Sowjetunion im Herbst 1949 ihre erste Atombombe testete und damit ein atomares Patt zu den USA herstellten. Daß es sich bei ihnen um eine real existierende Gefahr aus dem Osten handelte, wurde im Juni 1949 deutlich, als die Sowjetunion eine totale Blockade über Westberlin verhängte, um die Westmächte zur Aufgabe ihrer Stellung in Berlin zu zwingen. Schon bevor die sowjetische Gefahr zur Realität wurde, schätzte der diplomatische Vertreter Washingtons in Moskau, George F. Kennan, in dem berühmt gewordenen Artikel in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ von 1947 die weltpolitische Lage als so gefährlich ein, daß die USA die Sowjetunion nur als Rivalen und nicht als Partner betrachten könne.⁹ Diese Überlegung ging in die „Truman-Doktrin“ des amerikanischen Präsidenten ein, in der eine Politik festgeschrieben wurde, die alle freien Völker unterstützen wollte, welche sich Unterjochungsversuchen von militanten Minderheiten oder äußerem Druck

⁶ Nach Paul Weymar, Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1955, S.489, im folgenden zitiert: Weymar.

⁷ Zitiert nach Saki Dockrill, Britain's policy for West German rearmament 1950-1955, Cambridge 1991, S.16, im folgenden zitiert: Dockrill.

⁸ Norbert Wiggershaus, Zum Problem einer militärischen Integration Westdeutschlands 1948-1950, in: Norbert Wiggershaus, Roland G. Foerster (Hg.), Die westliche Sicherheitsgemeinschaft 1948-1950. Gemeinsame Probleme und grundsätzliche Nationalinteressen in der Gründungsphase der Nordatlantischen Allianz, Boppard a.Rh. 1988, S.311-341, S.313, im folgenden zitiert: Wiggershaus, Problem.

zu widersetzen versuchten. Gleichzeitig wurde die Unmöglichkeit von Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Maxime außenpolitischen Handelns erhoben.¹⁰

Das außenpolitische Ziel Harry S. Trumans, den sowjetischen Einfluß in nichtsowjetischen Staaten einzudämmen, verschärfte sich 1953 unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower zur Militärdoktrin der massiven Vergeltung, sollte die Sowjetunion versuchen, ihre Macht über ihr eigenes Territorium hinaus auszudehnen. Damit wurde die bis dahin geltende amerikanische Außenpolitik abgelöst, die ideologisch auf der Annahme einer gemeinsam wirkenden „One World“ basiert hatte. Die Einbindung Westdeutschlands in ein europäisches Verteidigungssystem unterstützte also einerseits das amerikanische Sicherheitsbedürfnis in Europa und hatte gleichzeitig den Vorteil, Westdeutschland an den Westen zu binden, so daß das militärische und politische Potential der Bundesrepublik nicht an den Systemgegner Sowjetunion fallen konnte und außerdem unter der Kontrolle einer überstaatlichen Institution stand.¹¹

Die direkte Bedrohung, die vom sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ausging, war der Hauptgrund für die Alliierten, Deutschland frühzeitig in ihre Überlegungen hinsichtlich einer europäischen Verteidigung einzubeziehen. Denn, so glaubte man auf britischer Seite, wollte man nicht auch den westlichen Teil Deutschlands an die Sowjets verlieren, mußte man ihn ins Lager der westlichen Welt einbinden: „(U)nless Western Germany becomes politically and militarily an integral part of the West the whole of Germany may become an integral part of the East.“¹² Auch die Frage nach dem „Wie“ des deutschen Sicherheitsbeitrages wurde bereits vor 1949 erörtert. Schon um die Jahreswende 1947/48 forderte der britische Außenminister Ernest Bevin einen späte-

⁹ Vgl. George F. Kennan, *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs*, Bd.25, Nr.4 (1947), S.566-582.

¹⁰ Vgl. Bundesarchiv, Institut für Zeitgeschichte (Hg.), *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949*, Bd.2 Januar-Juni 1947, München, Wien 1979, Einleitung S.7-13, S.10 und Bd.3: Juni-Dezember 1947, München, Wien 1982, Einleitung S.6-13, S.8.

¹¹ Vgl. Ernst-Otto Czempel, *Die Bundesrepublik und Amerika: Von der Okkupation zur Kooperation*, in: Manfred Knapp (Hg.), *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945*, Frankfurt a.M., New York 1975, S.132-169, S.145.

¹² Dockrill a.a.O., S.13.

ren Beitritt Deutschlands zu einem atlantisch-europäischen Verteidigungssystem - eine Forderung, die das britische Außenministerium im Januar 1948 mit dem Zusatz „sobald die Umstände es erlauben“¹³ in den Entwurf eines Kabinettpapiers übernahm. Bis es soweit war, schloß sich Großbritannien mit Frankreich und den Beneluxstaaten zu einer Beistandsgemeinschaft, dem „Brüsseler Pakt“, zusammen, der die westeuropäischen Staaten auch vor Deutschland schützen sollte. Die amerikanische Unterstützung zur Abschreckung der Sowjetunion sicherten sie sich durch die „Vandenberg-Resolution“, denn man wußte: „Europa bedarf zu seiner Verteidigung der amerikanischen Unterstützung wie umgekehrt Amerika für seine eigene Sicherheit der Partnerschaft Europas bedarf.“¹⁴ Nicht nur auf deutscher Seite war man sich schon früh bewußt, daß zur Verteidigung Europas deutsche Truppen notwendig seien. Die Beneluxstaaten plädierten dafür, die Gebiete östlich des Rheins einzubeziehen, und General de Gaulle erwog ebenfalls eine Beteiligung Deutschlands an einer westlichen Verteidigung.¹⁵

Frankreich als dritte Besatzungsmacht Deutschlands erwies sich nach dem Zweiten Weltkrieg als machtlos, die Sicherheit in Europa ohne die Militärstärke der USA zu gewährleisten. Obwohl die militärischen Führer und der Verteidigungsminister und spätere französische Ratspräsident René Pleven eine deutsche Beteiligung an der europäischen Sicherheit aus diesem Grund zu billigen bereit waren, war die französische Regierung gegen jede Art einer deutschen Wiederbewaffnung. Durch innen- und außenpolitische Probleme wie eine stagnierende Wirtschaft nach 1940, der Krieg in Indochina und später in Algerien und auch die Angst des französischen Volks vor den Deutschen, hatte die französische Deutschlandpolitik nach 1945 das zum Ziel, „was

¹³ Vgl. Wiggershaus, Problem a.a.O., S.311, Dockrill a.a.O., S.6.

¹⁴ Kai-Uwe von Hassel, Deutsche Sicherheitspolitik und atlantische Verteidigung, in: Wehrkunde (1963), S.346-348, S.347.

¹⁵ Vgl. Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955. Internationale Auseinandersetzung um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967, S.211, im folgenden zitiert: Wettig, Entmilitarisierung.